

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Nr. 3/1971 September

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Verfasser: Dipl.-Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 28. Juli 1971 — Nachdruck auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet.

Erscheinen in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstr. 307; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 14,— DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM. Jahresabonnement 7,— (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Massiv wie seit 1967 nicht mehr wird in diesen Monaten Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt, ihre Lohn- und Gehaltsforderungen künftighin noch unter dem 7,8-Prozent-Abschluß der IG Chemie, Papier, Keramik zu halten. Eine fühlbare Reallohnsteigerung soll es in absehbarer Zeit aus unternehmerischer und regierungsammtlicher Sicht wohl nicht geben; denn schon zur Jahresmitte stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 5 Prozent.

Konnte bislang die Inflation nicht gestoppt werden, so wirken sich die offiziell für dieses Ziel eingesetzten Maßnahmen immer stärker rezessiv aus. Die Anfang Mai 1971 vorgenommenen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben um 1,8 Mrd. D-Mark trafen einmal mehr nicht den Rüstungshaushalt, sondern die Etats wichtiger Infrastrukturbereiche, was die Arbeitsplätze, gesamtwirtschaftlich gesehen, ebenso gefährdet wie die einer indirekten Aufwertung gleichkommende Wechselkursfreigabe der D-Mark. Ist die monopolkapitalistische Wirtschaft ohnehin ungleichgewichtig strukturiert — Beschneidung des privaten Verbrauchs bzw. der Nettolohnquote, übermäßige Exporte und Investitionen, um die Profitrate zu halten — so folgen einer Export- und Investitionsreduzierung gewöhnlich Kurzarbeit und

Entlassungen. Dieser Trend zeichnet sich von Monat zu Monat deutlicher ab. Er könnte sich 1972 voll auswirken. Insofern wird auf Kosten der abhängig Beschäftigten wiederum eine Überproduktionskrise in den wirtschaftspolitischen Überlegungen einkalkuliert: einerseits Kürzung der Masseneinkommen, andererseits Kapazitäts- und Arbeitsplatzabbau.

Aus diesen und aus Gründen der fortwirkenden Inflation — was die Lage der Arbeiterklasse noch verschärft — müßten die Gewerkschaften, vor allem die IG Metall und die Gewerkschaft ÖTV, sich jeder Verschlechterung der Lage der Arbeiter und Angestellten widersetzen und ungeachtet der Konzertierte Aktion eine aktive Lohnpolitik verfolgen. Die Lohnforderungen sollten sich zumindest in der Größenordnung von 1970 bewegen.

Darüber hinaus sollten die Gewerkschaften ihr Gewicht geltend machen, daß die notwendigen Infrastrukturinvestitionen (Umweltschutz, Bildung, Verkehr, Gesundheit u. a.) keiner haushaltspolitischen Einschränkung zum Opfer fallen, dafür aber — um die Inflation intensiver zu bekämpfen — die Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

2 Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Realeinkommensentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit
- 3.7 Urlaub und Erholung

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung
- 4.3 Staatliche Umverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen s. INFO 1/1971

1.1 Sozialprodukt

Die von Bundesregierung und Bundesbank seit über einem Jahr verfolgte Politik einer sog. konjunkturellen Beruhigung hat erklärtermaßen die Preisstabilisierung zum Ziel. Vom Standpunkt der abhängig Beschäftigten wäre der Inflationsstopp entschieden das Gebot der Stunde, doch nur unter der Voraussetzung, daß weder ihre Arbeitsplätze gefährdet, noch ihr Lebensstandard beschnitten werden dürften.

Es mehren sich demgegenüber jedoch die Anzeichen für eine Entwicklung, die der Arbeiterklasse weitere Preissteigerungen bei zunehmender sozialer Unsicherheit bringt.

Einen ersten Anhaltspunkt dafür bietet die Vorausschätzung der Größe des Sozialprodukts im laufenden Jahr. Die Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute nahm Ende April 1971 an, daß das BSP

— in jeweiligen Preisen 1971 um mindestens 2,6 Prozent weniger als 1970 wachsen wird, somit um 10 Prozent (1970 12,6 Prozent);

— real höchstens um 3,5 Prozent (1970 4,9 Prozent).

Dies würde im günstigsten Falle eine Inflationsrate von 6,5 Prozent ergeben.

Für die wichtigsten Komponenten des Sozialprodukts wurden folgende Veränderungen erwartet:

Steigerung gegenüber dem Vorjahr in %

	Verwendung des nominalen BSP	Preise
Privater Verbrauch	+ 10	+ 4,5
Staatsverbrauch	+ 14,5	+ 10
Anlageinvestitionen	+ 10,5	+ 7

(Quelle: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1971, S. 17)

Inzwischen ist der Preistrend des privaten Verbrauchs bereits über die angenommenen 4,5 Prozent hinausgegangen (vgl. Kennziffer 3.4), ohne daß damit eine Ausweitung seines Volumens verbunden ist. Da andererseits der Staatsverbrauch in den Infrastrukturbereichen aufgrund der „Stabilisierungsmaßnahmen“ der Bundesregierung sowie ihres Drucks auf Länder und Gemeinden, ebenfalls Einschränkungen vorzunehmen, zurückgeschraubt wurde und zudem die private Investitionstätigkeit zurückhaltender geworden ist, wird die bisher nicht gebrochene Preiswelle erneut hauptsächlich die Konsumenten treffen. Eine überdurchschnittliche Ausweitung des privaten Verbrauchs konnte — im Gegensatz zu vergleichbaren Perioden — im 1. Vj. 1971 jedenfalls nicht erzielt werden, wie eine Übersicht über die Güterverwendung in jeweiligen Preisen zeigt:

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	Güterverwendung insg.	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Ausrüst.-Investitionen
1969, 1. Vj.	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 5,5
1970, 1. Vj.	+ 2,5	+ 3,5	— 0,5	+ 8
1971, 1. Vj.	+ 4	+ 4	+ 6	+ 5,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1971, S. 28)

Ebbt der Anstieg der Löhne und Gehälter entsprechend dem regierungskonformen Verhalten einiger Gewerkschaften (wie z. B. der IG Chemie, Papier, Keramik) im 2. Halbjahr 1971 ab, dann könnte der private Verbrauch gütermäßig auch absolut zurückgehen.

Was die Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrifft, so ergab sich bis 1970:

Beiträge zum BIP zu jeweiligen Preisen (Anteile in %)

	Land- u. Forstwirtschaft	Warenprod. Gewerbe	Handel u. Verkehr	Dienstleistg.	Staat, private Haushalte u. ä.
1966	4,2	53,3	19,2	13,1	10,1
1967	4,1	51,8	19,5	14,0	10,6
1968	3,8	53,1	18,8	14,0	10,4
1969	3,6	53,7	18,3	13,9	10,4
1970	3,1	54,2	17,9	14,2	10,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 68; 2/1971, S. 74)

Das warenproduzierende Gewerbe, wozu Industrie, Handwerk, Baugewerbe, Bergbau usw. zählen, trägt allein mit über 54 Prozent zur Entstehung des BIP bei. Vom prozentual stärksten Abfall der Produktionsleistung wurde die Land- und Forstwirtschaft betroffen.

Was den Unterschied zwischen nominaler und realer Veränderung des BIP im gleichen Zeitraum anbelangt, so drückte er sich in nachstehenden Größenordnungen aus:

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

	BIP in Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
	In jeweiligen Preisen	In Preisen v. 1962	
1966	492,1	+ 6,5	+ 2,8
1967	496,1	+ 0,8	— 0,3
1968	539,5	+ 8,7	+ 7,0
1969	603,2	+ 11,8	+ 8,1
1970	680,4	+ 12,8	+ 5,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 68; 2/1971, S. 73 f.)

Im 1. Vj. 1971 wurde noch eine Zunahme des realen Sozialprodukts um fast 3,5 Prozent gegenüber dem letzten Quartal des Vorjahres erreicht. Hierbei spielten allerdings Faktoren eine Rolle, wie die durch die günstige Witterung bedingte Expansion des Bausektors und eine relativ größere Anzahl von Arbeitstagen, was zur Erhöhung der gesamten Produktivität führte. Ob dadurch ein neuer Konjunkturaufschwung eingeleitet worden ist, muß bezweifelt werden; denn zum einen steigt die vergleichbare Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter an, zum anderen haben sich die Geschäftserwartungen in der Bauindustrie seit Anfang Mai, ausgelöst durch die Restriktionsbeschlüsse der Bundesregierung, schlagartig verschlechtert. Die belebenden Einflüsse kamen also im 2. Vj. 1971 zum Erliegen.

1.2 Industrieproduktion

Inwieweit vor allem jahreszeitlich bedingte Sonderfaktoren die Wirtschaftstätigkeit in den ersten Monaten des laufenden Jahres anregen, geht aus einem Vergleich des Netto-produktionsindex des 1. Vj. 1971 mit dem von 1970 und der Veränderung allein gegenüber dem 1. Vj. 1970 hervor.

Index der industriellen Nettoproduktion

(1962 = 100)

	1967	1968	1969	1970	1971	Veränderg. 1. Vj. 1. Vj. geg. Vorjahr in %
Industrie insges.	117,4	131,2	148,2	157,2	156,7	+ 3,9
Kohlenbergbau	83,5	85,2	86,5	85,9	91,9	+ 3,7
Eisenschaffende						
Industrie	112,4	128,8	145,2	144,7	137,1	— 10,5
Chem. Industrie	161,6	189,0	217,5	230,4	240,4	+ 4,0
Maschinenbau	101,8	107,9	126,0	135,6	135,2	+ 4,5
Straßenfahrzeugh.	108,4	135,4	164,5	181,8	195,0	+ 8,3
Elektrotechn. Ind.	120,2	141,4	167,3	189,3	186,4	+ 2,1
Textilindustrie	101,9	118,2	129,9	130,4	138,3	+ 3,7
Ernährungsind.	121,6	127,2	133,7	138,0	129,8	+ 3,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1970, S. 242 f.; 6/1971, S. 320 f.)

Im 1. Vj. 1971 war der Index der gesamten Industrie um 0,3 Prozent niedriger als im Durchschnitt des vorigen Jahres, aber um 3,9 Prozent höher als im 1. Vj. 1970. Hinzu tritt die

Uneinheitlichkeit der Veränderung, was auf eine allgemein labile Situation hindeutet. Auf der einen Seite ein gradliniger Abfall des Produktionsergebnisses sowohl im Periodenals auch im Vergleich zum Vorjahr der Eisenschaffenden (- 10,5 bzw. - 5,3 Prozent), auf der anderen ein Anstieg besonders der Chemischen Industrie (+ 4,0 bzw. + 4,3 Prozent) und des Straßenfahrzeugbaus (+ 8,3 bzw. + 7,3 Prozent). Dazwischen liegen der Maschinenbau und die Elektrotechnische Industrie, die zwar gegenüber dem Vorjahresquartal anzogen (+ 4,5 und + 2,1 Prozent), aber hinter den Jahresdurchschnitt 1970 zurückfielen (- 0,3 und - 1,5 Prozent). Die Entwicklung der Ernährungsindustrie war schwankend (+ 3,2 bzw. - 5,9 Prozent).

Ebenso ging die Zunahme der Nettoproduktion der gesamten Industrie im 1. Vj. 1971 lediglich über die Rate des letzten Quartals 1970 hinaus, gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum war sie um mehr als die Hälfte geringer:

Zunahme der Nettoproduktion gegenüber dem Vorjahr in %/o

1970				1971
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
9,8	6,6	4,8	1,9	4,1

(Quelle: BMWI Vierteljahresbericht IV/70, S. 6; Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 320')

Daß die Reichweite des Produktivitätsanstiegs tatsächlich nicht — in Relation zum Vorjahreszeitraum — über das 1. Vj. 1971 hinausging, ergibt die Entwicklung des Nettoproduktionsindex der gesamten Industrie bis Mai d. J.:

	Nettoproduktionsindex (1962 = 100)		Veränderg. gegenüber dem Vorjahr in %	
	1970	1971	1970	1971
März	158,9	158,1	+ 10,5	- 0,5
April	160,1	168,4	+ 6,6	+ 5,2
Mai	173,7	168,5	+ 12,5	- 3,0

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 5/1970, S. 289; 5/1971, S. 257; 7/1971, S. 380')

Bezieht man die gleichen Vorjahresmonate in die Beurteilung der Wirtschaftslage ein, dann ist die abwärtsgerichtete Bewegung wohl augenscheinlich.

Schließlich verdeutlicht auch die Entwicklung des Industrieumsatzes im März/April 1971 einmal zum Vorjahr, zum anderen gegenüber den Vormonaten, daß der rezessive Trend fortbesteht und sich sogar noch verstärkt. Einen scharfen Einbruch erlitt insbesondere der Auslandsumsatz, der offensichtlich als Konjunkturstimulator nicht mehr in Frage kommt.

Veränderung in % gegenüber dem

	Vormonat		Vorjahr	
	Gesamt-	Auslandsumsatz	Gesamt-	Auslandsumsatz
März	+ 17,2	+ 19,1	+ 15,5	+ 17,6
April	- 6,3	- 9,3	+ 2,4	+ 2,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 318')

Der absolute Rückgang des Auslandsumsatzes im April 1971 setzte schon vor der Wechselkursfreigabe ein. Ohne Zweifel hat diese Maßnahme den Auslandsumsatz noch negativer beeinflußt, als es ohnehin der weltkonjunkturellen Lage entsprach.

Die mittelbaren Auswirkungen liegen auf der Hand; denn die vom Exportumsatz ausgehenden Nachfrageimpulse werden nach kürzerer Zeit ebenso den Inlandsabsatz beeinträchtigen. Da dieser sowieso infolge des Drucks auf Löhne und Gehälter geschwächt wird, könnte es in der letzten Phase des laufenden Jahres zu einer erheblichen Gefährdung der Arbeitsplätze in allen Wirtschaftsbereichen kommen.

Wie die Ziffern der industriellen Nettoproduktion und des Umsatzes, so vermitteln auch die über den Auftragseingang, daß spätestens im Mai die Frühjahrsbelebung zu Ende ging.

Index der industriellen Auftragseingänge (ohne Bergbau, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Bauindustrie, öffentliche Energiewirtschaft):

	Auftragseingangsindex (1962 = 100)		Veränderg. geg. Vormonat in %	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in %	
	1970	1971		1970	1971
März	198	217	+ 20,6	7,9	9,7
April	198	202	- 6,9	9,2	1,8
Mai	177	190	- 5,9	0,5	7,3

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 2. 7. 71)

Auffallend sind die starken Schwankungen des Auftragseingangs im Vorjahresvergleich. Der Grund dafür liegt in der massiven Ausschlägen der Auftragseingangskurve in der Verbrauchsgüterindustrie: März + 21,5; April + 9,5; Mai + 15,0 Prozent. Sie trug überdies zur Stärkung des Auftragsindex gegenüber März bis Mai 1970 bei; denn die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie waren an der zeitweiligen Kräftigung minimal beteiligt, und zwar im Dreimonatsdurchschnitt mit 1,0 bzw. 2,3 Prozent. Es ist zu vermuten, daß die verhältnismäßig hohen Auftragseingänge bei der Verbrauchsgüterindustrie eine Reaktion auf die Lohnbewegungen des Jahres 1970 waren, in denen die Arbeiter und Angestellten gegen den zähen Widerstand der Unternehmer Erhöhungen der Löhne und Gehälter durchsetzen konnten. Diese Annahme wird durch die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests vom Mai 1971 gestützt (ifo-Schnelldienst, 24/25/1971, S. 17—20). Danach wurde schon im Mai die Geschäftslage für die nächsten sechs Monate von sämtlichen Industriesparten ziemlich pessimistisch beurteilt. Man verweist durchgehend auf einen raschen Verfall der Auftragsbestände. Sowohl bei diesen als auch bei den laufenden Auftragseingängen überwogen im Durchschnitt der gesamten Industrie die negativen Meldungen.

Die stärksten Rückgänge der Auftragsbestände trafen die Investitions- und Gebrauchsgüterindustrie. Bei einer Reihe von Branchen, zu nennen sind hier der Maschinenbau, die feinmechanisch-optische sowie Elektroindustrie, ging die Produktion schon im April fühlbar zurück. Daß aufgrund der allgemeinen Situation während der Sommermonate in weiteren Zweigen Produktionseinschränkungen vorgenommen werden, kann nach dem ifo-Test nicht mehr ausgeschlossen werden.

1.3 Außenwirtschaft

Wie zu erwarten war, hat die Wechselkursfreigabe am 9. Mai 1971 keines der offiziell herausgestellten Ziele erreicht. Weder wurde ein nennenswerter Abzug von Dollars, noch eine Stabilisierung des Preisniveaus erzwungen. Insofern dürfte die Wechselkursfreigabe auf anderen Motiven beruhen: die Gewerkschaften sollten veranlaßt werden, durch eine angesteuerte Rezession, die DGB-Lohnleitlinie (1971 um 10,4 Prozent höhere Löhne und Gehälter) zu verlassen, zudem soll eine erneute Aufwertung der D-Mark psychologisch vorbereitet werden.

Daß schon im vergangenen Jahr die Tendenzen auf eine zweite Aufwertung nach Amtsantritt der derzeitigen Bundesregierung wiesen, war nach der außenwirtschaftlichen Entwicklung unverkennbar geworden. Die anhaltende Exportorientierung der BRD-Wirtschaft und die zunehmende Schwäche des Dollars schufen erst die Voraussetzungen für die Dollarzuflüsse, die 1970 spekulativ einsetzten. Beide Faktoren zusammengenommen verschärfen zwangsläufig die binnenländische Inflation.

Handels- und Kapitalbilanzsaldo (in Mrd. DM)

	Handelsbilanz	Kapitalbilanz
1967	+ 16,9	- 10,0
1968	+ 18,4	- 7,3
1969	+ 15,6	- 18,9
1970	+ 15,7	+ 9,5
1970, Jan.—Mai	+ 5,2	- 1,9
1971, Jan.—Mai	+ 5,9	+ 5,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 68; BMWF Tagesnachrichten, 7. 7. 71)

1970 umfaßten die Exporte einen Wert von ca. 125,3 Mrd. D-Mark, die Importe einen von ca. 109,6 Mrd. DM (Saldo 15,7 Mrd. DM). Von Januar bis Mai 1971 belief sich der Export auf 55,4, der Import auf 49,4 Mrd. DM, so daß der positive Handelsbilanzsaldo 5,9 Mrd. DM betrug, was gegenüber dem Vorjahreszeitraum einer Erhöhung um 13,5 Prozent entspricht.

Noch sprunghafter stieg in der gleichen Zeitspanne das Kapitaleinfuhrvolumen. Überwog in den ersten fünf Monaten des Vorjahres noch der Kapitalexport, so kehrte sich schon in der zweiten Jahreshälfte dieses Verhältnis um. Die Einfuhr verstärkte sich bis Mai 1971 zusehends, so daß der positive Saldo schließlich 5,6 Mrd. DM erreichte. Vorwiegend bewirkte die Spekulation auf eine Aufwertung der D-Mark einen sich vervielfachenden Devisenzustrom, was aus der Struktur des Kapitalverkehrs seit Januar 1970 hervorgeht:

	Januar 1970 bis Mai 1971 (Mrd. DM)
Saldo der Handelsbilanz	+ 21,6
Saldo der Kapitalbilanz	+ 15,5
darunter:	
Langfristiger Kapitalverkehr	— 2,9
Kurzfristiger Kapitalverkehr	+ 18,5

(Quelle: BMWF Tagesnachrichten, 7. 7. 71)

Das monopolkapitalistische System und die enge politische Verflechtung der Bundesrepublik mit dem vom US-Dollar beherrschten Finanz- und Wirtschaftsraum machen eine stabilitätsgerechte Konjunkturpolitik, bei der die Sicherung der Arbeitsplätze im Vordergrund zu stehen hat, illusorisch. Die Bundesregierung entzog sich der Verantwortung, energische Schritte gegen Kartelle und Monopole einzuleiten, um sie an inflationistische Preisfixierung zu hindern. Darüber hinaus trug und trägt ihre Haushaltspraxis mit einem unverantwortlich hohen Rüstungsetat zum Geldüberhang maßgeblich bei. Allein hier liegen die Ursachen für die verlorengegangene relative Preisstabilität, wobei das forcierte außenwirtschaftliche Ungleichgewicht diese Situation noch verschärfte.

Weder der Bundesbank noch der Regierung konnte es verborgen geblieben sein, daß im Zeitpunkt der Wechselkursfreigabe das konjunkturelle Klima umgeschlagen war. In dieser Lage durch eine versteckte Aufwertung die Exporte zu verteuern, gefährdet zusätzlich Arbeitsplätze, zumal die Exporterwartungen der Industrie seit Ende April/Anfang Mai zunehmend negativ sind.

Es war nicht zu erwarten, daß statt dessen die hohen Dollarüberschüsse im Gegenwert von 40 Mrd. und Goldreserven von fast 15 Mrd. DM rasch abnehmen würden.

Mit Preisdämpfung hat die Kursfreigabe der D-Mark nichts zu tun. Eine direkte oder indirekte Aufwertung im Zeichen nachlassender Massenkaufkraft aufgrund stagnierender Realinkommen drückt das Preisniveau — weder kurz- noch langfristig — nicht mehr nach unten, da die Importneigung nachläßt. Die ausländische Preiskonkurrenz bleibt zu schwach, weil die Binnennachfrage abflaut. Bleibt es auf längere Dauer beim flexiblen Wechselkurs, dann wird das Devisenüberschußproblem nicht beseitigt, sondern verschärft. Die Bundesregierung könnte nämlich gezwungen werden, dann sogar inmitten der Krise aufzuwerten. Doch selbst eine Aufwertung im gegenwärtigen Zeitpunkt steht nicht mehr im Einklang mit den konjunkturellen Erfordernissen. Eine solche Maßnahme entspräche in der jetzigen Niedergangphase nicht ihrem eigentlichen exportmindernden Zweck und wäre ausschließlich politischer Natur: Stützung in erster Linie des US-Dollars, aber auch anderer kapitalistischer Währungen auf Kosten der Arbeitsplätze in der BRD.

Die politische Zielsetzung einer direkten oder — am 9. Mai erst einmal beschlossenen — indirekten Aufwertung ist verbunden mit einem Druck auf die Gewerkschaften, sich dem Lohndiktat der Unternehmer zu fügen. Die herbeigeführte

Gefährdung der Arbeitsplätze zunächst in exportintensiven Industriezweigen mit anschließenden Auswirkungen in anderen Industriezweigen und Wirtschaftsbereichen (Multiplikatoreffekt) dient als schwerwiegende Drohung. Die Gewerkschaften dürfen sich unter keinen Umständen durch die Währungsspekulation von einer aktiven Lohnpolitik abbringen lassen.

Die überbewertete USA-Währung entwickelt sich immer mehr zu einem Krisenherd erster Ordnung. Daher steht die Politik der Bundesregierung, nicht auf eine Änderung der Dollarparität zu drängen, im offenen Widerspruch zu ihren Absichtserklärungen, Stabilität und Vollbeschäftigung zu sichern.

Eine Aufwertung muß in der derzeitigen Konjunkturphase den Interessen der abhängig Beschäftigten besonders stark entgegenstehen. Die Bundesrepublik steht konjunkturell in der zweiten Hälfte des Jahres 1971 nicht in der gleichen Situation wie 1961 und 1969.

Um die einseitige außenwirtschaftliche Abhängigkeit der BRD vom dollarbeherrschten Wirtschaftsraum mit ihren politischen Risiken zu lockern, wäre eine von der Bundesregierung einzuleitende Politik der Erweiterung von Absatzmöglichkeiten in den sozialistischen Ländern ein Beitrag zur Exportstabilisierung, damit zur relativen Arbeitsplatzsicherung. Wie gering immer noch der Anteil der sozialistischen Länder am Export der BRD ist, geht aus folgender Übersicht hervor:

Außenhandel nach Regionen (Januar bis April)

	Anteil am Export in %		Saldo der Handelsbilanz in Mrd. DM	
	1970	1971	1970	1971
Alle Länder	100,0	100,0	+ 4,1	+ 4,7
Kapitalistische Industrieländer	78,5	78,8	+ 3,9	+ 4,5
darunter:				
EWG	41,1	40,9	+ 0,5	+ 0,1
EFTA	22,7	22,1	+ 3,6	+ 4,3
USA	8,5	9,6	— 0,4	— 0,4
Sozialistische Länder	4,6	4,2	+ 0,4	+ 0,4
„Entwicklungsländer“	16,8	16,8	— 0,3	— 0,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1971, S. 69)

Wie stark die Auslandsorientierung der Wirtschaft in der BRD zu Beginn dieses Jahres geblieben ist, verdeutlicht nachstehende Gegenüberstellung des Industrieumsatzes (Betriebe mit mindestens 10 Beschäftigten ohne Bauindustrie, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung; ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer):

	1. Vj. 1970		1. Vj. 1971		Zunahme gegüh. Vorjahr in %
	Mrd. DM	in %	Mrd. DM	in %	
Gesamtumsatz	121,2	100,0	133,9	100,0	10,5
Inlandsumsatz	97,5	80,4	107,3	80,1	10,1
Auslandsumsatz	23,7	19,6	26,6	19,9	12,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 318)

Wie im vorigen Jahr entfielen auch im 1. Vj. 1971 fast 20 Prozent des Industrieumsatzes auf den Export, wobei sich annähernd 70 Prozent davon auf folgende Industriezweige verteilen:

Auslandsumsatz ausgewählter Industriezweige

	1. Vj. 1971		1. Vj. 1970	
	Mrd. DM	in % des Auslandsumsatzes	Mrd. DM	in % des Auslandsumsatzes
Auslandsumsatz insgesamt	23,7	100,0	26,6	100,0
Maschinenbau	4,6	19,4	5,0	18,8
Fahrzeugbau	3,7	15,6	4,6	17,3
Chemische Ind.	3,8	16,0	4,1	15,4
Elektrotechn. Ind.	2,5	10,6	2,7	10,2
Eisenschaff. Ind.	1,7	7,2	1,8	6,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 318)

1.4 Investitionen

Die Konjunkturschwankungen der letzten sechs Jahre fanden ihren besonders deutlichen Niederschlag im Investitionszyklus. Als Anteil der gesamten privaten und öffentlichen Investitionen am BSP wies er von 1965 bis 1970 folgende Veränderungen auf:

Private und öffentliche Bruttoanlageinvestitionen

	BSP zu jeweiligen Preisen in Mrd. DM	Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. DM	in % des BSP
1965	460,4	122,2	26,5
1966	490,7	126,3	25,8
1967	494,6	114,4	23,1
1968	538,9	124,8	23,2
1969	602,8	146,2	24,3
1970	677,7	180,9	26,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 3/1970, S. 210*; 2/1971, S. 76)

1965 war der Höhepunkt des Booms erreicht. Dies zeigt sich deutlich an der Höhe der Investitionsrate, die 1967 in der Krise stark zurückging und den Stand von 1965 erst 1970 wieder erreichte. Daß 1970 erneut der Höhepunkt eines Booms erreicht wurde, ist aus den voraussichtlichen Investitionsraten für 1971 zu schlußfolgern:

Bruttoanlageinvestitionen der Industrie

	In Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
		1970	1971
Verarbeitende Industrie	34,1	+ 22	+ 3
davon:			
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie*	13,0	+ 21	+ 7
Investitionsgüterindustrie	13,0	+ 32	+ 2
Verbrauchsgüterindustrie	5,1	+ 12	- 2
Nahrungs- u. Genußmittelind.	2,9	+ 6	+ 6

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 24/25, 1971, S. 9)

* Steine, Erden; Eisen- u. Metallind.; Mineralölverarb., Chem. Ind.

Wurde noch Ende 1970/Anfang 1971 angenommen, daß der nominale Zuwachs der industriellen Investitionen um 5 Prozent herum schwanken, der reale sich auf 3 Prozent einpendeln würde, so muß inzwischen schon mit einem Rückgang des realen Investitionsvolumens gerechnet werden.

Dieser Trend wird gemäß den sog. Stabilisierungsbeschlüssen der Bundesregierung vom 9. Mai 1971 mit einem gekürzten Investitionsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden zusammenfallen und somit das gesamte Investitionsvolumen der BRD im 2. Hj. 1971 zusätzlich verringern. Die im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung für 1971 angekündigten nominalen Steigerungen der öffentlichen Investitionen zwischen 10 und 11 Prozent, die als erste antizyklische Maßnahme aufgrund der nachlassenden Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen gedacht waren, sind damit überholt.

Der Investitionsrückgang auf breiter Front wird sich konjunkturell erst 1972 voll auswirken, da die Pläne für das laufende Jahr zwar revidiert, aber — trotz der beginnenden Nachfragesignation — aus ökonomischen und technischen Gründen nicht gänzlich aufgegeben werden können. Jedoch signalisierte die Auftragsituation im Frühjahr 1971, daß künftig mit einem abnehmenden Investitionsniveau zu rechnen ist.

Veränderungsraten des Auftragseingangs wichtiger Investitionsgüterindustrien (April 1971 gegenüb. d. Vorjahr in %)

	Aufträge insg.	Inlandsauftr.	Auslandsauftr.
Maschinenbau	- 14,1	- 19,4	- 3,3
Straßenfahrzeugbau	- 9,3	- 10,8	- 6,8
Elektrotechnische Ind.	+ 1,5	- 1,6	+ 15,9
Feinmechan. u. Opt. Ind.	- 11,9	- 9,9	- 15,1

(Quelle: WWI-Mitteilungen, 7/1971, S. 194)

3/71

Es steht wohl außer Frage, daß der Rückgang der inländischen Auftragseingänge in den Investitionsgüterindustrien im Zusammenhang mit den relativ abnehmenden Nettolöhnen und -gehältern steht (vgl. Kennziffer 3.3).

Die private Nachfrage ist letztlich entscheidend für die Kapazitätsauslastung der vorhandenen und -planung künftiger Anlagen, somit für die Stabilität der Vollbeschäftigung. Lag im vergangenen Jahr die Kapazitätsauslastung im Durchschnitt noch über 90 Prozent, so ging sie schon im April 1971 auf 88,8 Prozent zurück. Gerade in der Investitionsgüterbranche war — nach Meldungen des ifo-Instituts — die Abnahme mit am stärksten. Auf das gesamte Jahr bezogen, wird — im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren des Zyklus — mit einer rückläufigen Auslastung in allen Zweigen der verarbeitenden Industrie gerechnet.

Zunahme der Produktionskapazitäten gegenüb. d. Vorj. i. %

	1966	1967	1968	1969	1970	1971*
Verarbeitende Industrie**	7	4	6	8	7	5
davon:						
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	6	6	6	6	6	5
Investitionsgüterindustrie	6	3	6	9	9	5
Verbrauchsgüterindustrie	6	4	6	7	7	5
Nahrungs- u. Genußmittelind.	9	7	7	7	6	5

(Quelle: Ifo Schnelldienst, 24/25/1971, S. 12)
* geplant; ** ohne chemische Industrie

Einmal mehr zeigt sich im parallelen Verlauf der Löhne und Gehälter sowie der Investitionsneigung, daß eine stetige Vollbeschäftigung nur bei ebenso stetiger Nachfrage zu garantieren ist.

Steuerliche Investitionsanreize wie die Herabsetzung der Investitionssteuer und die Wiederzulassung der degressiven Abschreibung verfehlen isoliert ihre Wirkung, wenn die Massenkaufkraft abnimmt.

1.5 Beschäftigung

In der Industrie entwickelte sich die Beschäftigung zwischen 1966 und 1970 monatsdurchschnittlich wie folgt:

Industriebeschäftigung

	Industriebeschäftigung insgesamt		darunter Arbeiter	
	In Mio.	Veränderung geg. Vorjahr in %	In Mio.	Veränderung geg. Vorjahr in %
1966	8,4	-0,9	6,5	-1,9
1967	7,8	-6,5	5,9	-8,1
1968	7,9	+0,7	6,0	+0,7
1969	8,3	+5,2	6,3	+5,3
1970	8,6	+3,7	6,5	+3,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 8/1970, S. 474*; 2/1971, S. 104)

Erst 1970 wurde der Stand der Industriebeschäftigung von 1965 (8,5 Mio.) erreicht und geringfügig übertroffen.

Von März bis April 1971 stieg die Zahl der Industriebeschäftigten nicht mehr an wie noch ein Jahr zuvor, sondern sank erstmals sogar unter den Vorjahresstand. Ein Rückgang der Industriebeschäftigung gerade in den Frühjahrsmonaten, in denen es gegenüber den Wintermonaten sonst einen witterungsbedingten Aufschwung zu geben pflegt, läßt eindeutig einen konjunkturellen Umschwung erkennen.

	Industriebeschäftigte in Mio.		Veränderg. gegenüb. dem Vorjahr in %	
	1970	1971	1970	1971
März	8,56	8,58	+ 4,8	+ 0,2
April	8,58	8,56	+ 4,8	- 0,2

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1970, S. 279; 6/1971, S. 333; INFO 2/1970, S. 3)

Allein die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte nahm gegenüber dem Vorjahr beträchtlich zu. Sie betrug im März 1971 2,04 Mio., wodurch ihr Anteil an allen abhängig Beschäftigten auf 9,4 Prozent stieg. Im Vergleich zum Vorjahresmonat arbeiteten im März 1971 22,3 Prozent mehr von ihnen in der BRD. (Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 6/1971, S. 179)

Die Zunahme war allerdings weniger stark als ein Jahr zuvor; denn im März 1970 belief sie sich im Vorjahresvergleich auf 35,4 Prozent.

Besonders rückläufig war die Zunahme bei den weiblichen ausländischen Arbeitskräften, die sich im März 1971 nur noch auf 18,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr bezifferte (im März 1970 + 33,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr), wobei sich ihr Anteil an allen ausländischen Arbeitskräften von 29,9 im März 1970 auf 28,9 Prozent im März 1971 verringerte.

Von April bis Mai 1971 wurden folgende Arbeitslosenzahlen und offene Stellen (in 1000) gemeldet:

	Arbeitslose (I)		offene Stellen (II)		Differenz (I) - (II)	
	1970	1971	1970	1971	1970	1971
April	121	160	846	705	725	545
Mai	103	143	860	722	757	579

(Quelle und berechnet nach: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 6/1971, S. 184 f.; 7/1971, S. 215, 218)

War im Januar 1971 die Zahl der Arbeitslosen noch gleich der des Vorjahres, so nahm sie im Frühjahr nicht in dem Maße ab wie ein Jahr zuvor. Für diese Arbeitslosen stehen zudem erheblich weniger offene Stellen zur Verfügung als 1970. Demnach macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt der konjunkturelle Umschwung bemerkbar.

Besonders betroffen vom Abbau der Arbeitskräfte gegenüber dem Vorjahr waren Frauen, bei denen die Arbeitslosenquote im Mai 1971 auf ein Prozent (Mai 1970 0,7 Prozent) verharnte, während sie in jenem Monat bei Männern nicht über 0,5 Prozent (Mai 1970 0,4 Prozent) hinausging. Stehen zwar insgesamt mehr offene Stellen zur Verfügung als Arbeitslose vorhanden sind, so gilt dies aber nicht für alle Berufe: das Angebot an Hilfsarbeitern jeglichen Geschlechts und beispielsweise an weiblichen Montierern, Metallfachkräften und Elektrikern übertrifft bei weitem die Nachfrage. (Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 7/1971, S. 215, 219)

Die Zahl der Betriebe, die Kurzarbeit einführen, betrug von 1965 bis 1971 durchschnittlich:

1965	1966	1967	1968	1969	1970	Mai 1970	Mai 1971
32	259	2323	399	55	154	180	469

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 7/1971, S. 218)

Mehr noch als die der Betriebe mit Kurzarbeit wuchs die Anzahl der im Durchschnitt ausgewiesenen Kurzarbeiter (in 1000):

1965	1966	1967	1968	1969	1970	Mai 1970	Mai 1971
1,1	15,8	142,7	10,4	1,3	9,6	13,2	50,0

(Quelle: Ebenda)

Hieran zeigt sich, daß seit der Krise des Jahres 1967 niemals eine solche Anzahl an Kurzarbeitern registriert wurde, wie in der ersten Jahreshälfte 1971. Der konjunkturelle Abschwung ist unverkennbar, gibt es doch schon ein gutes Drittel soviel Kurzarbeiter wie 1967.

Nicht nur bei den Arbeitslosen, sondern auch bei den Kurzarbeitern ist der Anteil der Frauen auffallend hoch, übertrifft er doch seit Juni 1970 beständig den der Männer, ein bis dahin unbekanntes Phänomen. Im Mai 1971 waren 62 Prozent aller Kurzarbeiter Frauen.

1.6 Umsatz je Beschäftigten

Arbeitsproduktivität und -intensität in der Industrie ergeben sich aus der Berechnung der Umsätze je Beschäftigten. 1970 erwirtschafteten um nur 3,6 Prozent mehr Arbeitskräfte fast den gleichen Zuwachs des Pro-Kopf-Umsatzes wie im Vorjahr. 1971 wurde in den ersten Monaten die Arbeitsintensität noch gesteigert. Bei praktisch gleichbleibender Beschäftigung wurde im Durchschnitt der Monate Januar bis April ein über achtprozentiger Zuwachs des Pro-Kopf-Umsatzes in der Industrie erzielt (vgl. INFO 2/1971, S. 6).

Beschäftigte und Umsatz in der Industrie (Monatsdurchschnitt)

	Beschäftigte in Mio	Umsatz in Mrd. DM	Umsatz je Beschäftigten in 1000 DM
1966	8,4	32,3	3,9
1967	7,8	31,7	4,0
1968	7,9	33,8	4,3
1969	8,3	39,2	4,7
1970	8,6	44,1	5,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1971, S. 11*; 2/1971, S. 101, 106)

Dem entsprechen folgende prozentuale Veränderungen:

	Veränderung gegenüber dem Beschäftigte	Umsatz	Vorjahr in % Umsatz je Beschäftigten
1966	-0,9	+ 3,6	+ 4,5
1967	-6,5	- 1,9	+ 4,9
1968	+0,7	+ 6,5	+ 5,8
1969	+5,2	+16,0	+10,3
1970	+3,7	+12,4	+ 8,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 1/1971, S. 11*; 2/1971, S. 101, 106)

Von März bis April 1971 zeigten sich im einzelnen folgende Entwicklungslinien:

	Umsatz je Beschäft. in 1000 DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
		Beschäftigte	Umsatz	Umsatz je Beschäftigten
1971				
März	5,8	+ 0,3	+ 15,5	+ 16,0
April	5,5	- 0,2	+ 2,4	+ 3,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 318*; INFO 2/1970, S. 5)

2 Unternehmerrgewinne

2.1 Bruttogewinne

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und -vermögen übertrafen 1970 das Vorjahresergebnis um 7,4 Prozent. Sie stiegen damit schneller als 1969, als sie sich gegenüber 1968 um 5,9 Prozent erhöhten. Dabei nahm die Gesamtzahl der Selbständigen gegenüber dem Vorjahr sogar um 1,5 Prozent ab (April 1970), so daß sich die gestiegenen Bruttogewinne pro Kopf im Durchschnitt noch mehr erhöht haben.

Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	129,5	+ 3,4
1967	127,2	- 1,8
1968	149,5	+ 17,6
1969	158,4	+ 5,9
1970	170,2	+ 7,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 89; 2/1971, S. 80)

Die Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und -vermögen stellen sog. Restgrößen dar, die aus mannigfaltigen Gründen nicht mehr zu verschleiern sind. Sie können daher nicht als

die wirklichen Gewinne gelten, sind also überwiegend heruntermanipulierte Profite.

2.2 Nettogewinne

Etwas mehr Aussagekraft über die tatsächliche Steigerung und den Umfang der Gewinne besitzen annäherungsweise die Angaben über die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und -vermögen.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	In Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	99,3	+ 3,4
1967	97,3	- 2,0
1968	117,1	+ 20,3
1969	122,3	+ 4,4
1970	135,3	+ 10,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 71; 2/1971, S. 80)

Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und -vermögen wuchsen 1970 gegenüber dem Vorjahr um 10,6 Prozent.

Bei den Unternehmern vergrößerten sich die Netto- schneller als die Bruttoeinkommen. Im Gegensatz dazu stiegen die Nettoeinkommen aus abhängiger Arbeit langsamer als die Bruttoeinkommen. Die Ursache dafür ist die Steuerpolitik des Staates. Sie begünstigt die Unternehmer und benachteiligt die lohnabhängig Beschäftigten (vgl. Kennziffer 3.2).

Unter den 2,8 Mio registrierten Selbständigen sind sowohl Bauern, Händler, Handwerker, freiberuflich Tätige wie auch Großunternehmer. Ihr statistisches Durchschnitts-Nettoeinkommen belief sich 1970 auf 48 000 DM; das sind monatlich 4000 DM.

Selbständige ohne Landwirtschaft nach Nettoeinkommensgruppen (März 1970)

Prozentanteil an den Einkommensgruppen					
unter 300 DM	300-600 DM	600-800 DM	800-1200 DM	1200-1800 DM	über 1800 DM
4,5	9,0	12,3	23,8	21,6	28,8

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 3/1971, S. 172)

Da von den 1,8 Mio Selbständigen (ohne die in der Landwirtschaft Tätigen) 71,2 Prozent weniger als 1800 DM verdienen, ist es offensichtlich, daß von den 28,8 Prozent in der Einkommensgruppe über 1800 DM ein Teil erheblich mehr als die durchschnittlichen 4000 DM netto im Monat verdienen muß.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit, in denen auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen enthalten sind, beliefen sich zwischen 1966 und 1970 auf:

Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit

	In Mrd. DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1966	247,6	7,6
1967	247,9	0,1
1968	266,3	7,4
1969	300,1	12,7
1970	352,8	17,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 69; 2/1971, S. 79)

1970 ergab sich gegenüber 1969 eine Steigerung der Bruttoeinkommen um 17,6 Prozent.

Die Zuwächse der monatlichen Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter differierten 1969/70 von denen der Globaleinkommen recht beträchtlich. Diese verteilen sich auf eine größere Beschäftigtenzahl. Die Pro-Kopf-Zunahme betrug 1970 14,7 Prozent:

Durchschnittsbruttolohn und -gehalt (monatlich) je Arbeiter, Angestellten und Beamten

	In DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %
1966	831	7,2
1967	857	3,2
1968	909	6,1
1969	993	9,2
1970	1138	14,7

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 70; 2/1971, S. 79)

Diese Einkommenshöhe — pro Kopf wie global — wird für die abhängig Beschäftigten 1971 aller Voraussicht nach nicht eine solche Anhebung erfahren wie 1970. Schon im 1. Vj. ging die Zuwachsrate der Bruttolöhne und -gehälter gegenüber dem 4. Quartal 1970 um 0,6 Prozent zurück; 1970, 4. Vj. + 16,1; 1971, 1. Vj. + 15,5 Prozent (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1971, S. 67*).

Der abfallende Lohn- und Gehaltstrend steht in Einklang mit dem Verlauf der Lohndrift (Spanne zwischen Effektiv- und Tarifverdiensten) seit dem 4. Vj. 1970:

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Tarifverdienste auf Monatsbasis	Effektivverdienste je Beschäftigten	Lohndrift auf Monatsbasis
1968	+ 3,9	+ 6,1	+ 2,2	
1969	+ 6,4	+ 9,2	+ 2,8	
1970	+ 12,2	+ 14,7	+ 2,5	
1969, 1. Vj.	+ 5,5	+ 6,8	+ 1,3	
2. Vj.	+ 5,9	+ 9,0	+ 3,1	
3. Vj.	+ 5,8	+ 7,9	+ 2,1	
4. Vj.	+ 8,5	+ 12,5	+ 4,0	
1970, 1. Vj.	+ 11,3	+ 14,3	+ 3,0	
2. Vj.	+ 11,1	+ 14,8	+ 3,7	
3. Vj.	+ 11,9	+ 15,4	+ 3,5	
4. Vj.	+ 14,3	+ 14,3	0,0	
1971, 1. Vj.	+ 14,2	+ 13,9	- 0,3	

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 67*; 6/1971, S. 67*)

Nahm die Lohndrift von 1969 bis 1970 im Jahresdurchschnitt lediglich um 0,3 Punkte ab, so war die Differenz, bezogen jeweils auf das 4. Vj., weitaus eklatanter: sie sank von 4,0 auf null Prozent. Und erstmals in dem jetzt zu Ende gegangenen Konjunkturzyklus übertrafen im 1. Vj. 1971 die Tarif- die Effektivverdienste, so daß die Lohndrift einen Minuswert, nämlich — 0,3 Prozent markierte. Das bedeutet ein rascheres Ansteigen der Tariflöhne und -gehälter im Vergleich zu den Effektivverdiensten der Arbeiter und Angestellten, ein sicherer Indikator für eine zu erwartende rückläufige Konjunktur.

Konnten noch im vergangenen Jahr zu einem begrenzten Teil übertariflich bezahlte Löhne und Gehälter durch „kostenneutrale Vorweganhebungen“ in einer Reihe von Tarifverträgen fixiert werden, so in den ersten Monaten dieses Jahres nicht mehr. Diese Sachlage hätte die IG Chemie, Papier, Kramik zu einem härteren Auftreten in der diesjährigen Lohnrunde veranlassen müssen, zumal die Streikbereitschaft in den Betrieben ihres Bereichs bemerkenswert war. Der Abschluß von 7,8 Prozent bei einer ursprünglichen Forderung von 12 Prozent stellt nicht nur ein bedenkliches Resultat für die Arbeiter und Angestellten des Chemiesektors, sondern auch für die aller anderen noch in diesem Jahr von Abschlüssen betroffenen Wirtschaftszweige dar, die mehr als 7 Mio. Beschäftigte einbeziehen.

Wichtige Tarifkündigungen im 2. Hj. 1971

Bereich	Termin	für... Beschäftigte
Keramische Industrie	31. 8. 1971	80 000
Metallindustrie (Bayern 31. 10.)	30. 9. 1971	4 300 000
Eisen- und Stahlindustrie	31. 10. 1971	320 000
Öffentlicher Dienst	31. 12. 1971	1 600 000

(Quelle: Wirtschaftswoche, 20/1971, S. 8)

Der Chemieabschluß akzeptierte die bisherige Lohnleitlinie der Bundesregierung für 1971. Nicht zu überhören ist die von Unternehmerseite erhobene Forderung, für das 2. Hj. die Lohnleitlinie auf höchstens 6,5 Prozent herabzusetzen.

War schon die Einheitsfront Regierung-Unternehmer zur Abwehr der DGB-Leitlinie von 10,4 Prozent erfolgreich, was die Abschlüsse im Bauhauptgewerbe (7,9 Prozent), Bergbau (7,3 Prozent) und in der chemischen Industrie betraf, so ist ihr Kurs jetzt darauf abgestellt, wie 1967 Stabilität der Profite — nicht der Preise und Arbeitsplätze — auf Kosten der Abhängigen durchzusetzen.

Die angedrohte Krise soll vor allem die IG Metall und die Gewerkschaft ÖTV tarifpolitisch schwächen. Weichen sie vor der Drohung zurück, wird dadurch keinesfalls die Vollbeschäftigung gesichert (vgl. Kennziffern 1.3, 1.4, 1.5), ebensowenig geht der Preisauftrieb zurück (vgl. Kennziffer 3.4).

Der Struktur des Systems und der Konjunkturlage angemessen wären die in weiten Kreisen vor allem der IG Metall entwickelten Forderungen einer „betriebsnahen“ Tarifpolitik, um wenigstens Restbestände höherer Effektivverdienste vertraglich zu verankern, eine kurze Laufzeit der Tarifverträge von maximal einem Jahr und eine mit der Preiswelle konform gehende 15prozentige Tarifierhöhung.

Darüber hinaus stehen die Gewerkschaften und die Betriebsräte angesichts der aufkommenden Krisenschatten vor der Notwendigkeit, Vorkehrungen gegen die Gefährdung der Arbeitsplätze zu treffen.

Im Metallbereich könnte das bestehende Rationalisierungsschutzabkommen, das noch völlig unzulänglich ist, diesen Erfordernissen angepaßt werden. Es ist Ende 1972 kündbar. Auch auf dem Wege von Betriebsvereinbarungen können ähnliche Ergebnisse erzielt werden.

3.2 Steuern und Abgaben

Die seit 1968 kontinuierlich gestiegenen Bruttolöhne und -gehälter wurden zunehmend durch Steuern und Sozialabgaben reduziert, zumal eine wachsende Zahl Lediger mehr als 667 und Verheirateter mehr als 1333 DM brutto pro Monat verdient, wodurch sie in den Progressionsbereich der Lohnsteuersätze geraten, wie aus folgender Aufstellung zu ersehen ist:

	Arbeitgeber- beitr. u. zusätzl. Soz.- abg. in Mrd. DM	Arbeitnehmer- beiträge zur Sozialvers. in Mrd. DM	Zunahme gegenüber d. Vorjahr in %	Lohnsteuer in Mrd. DM	Zunahme gegenüber d. Vorjahr in %
1967	30,01	21,15	2,1	19,11	1,7
1968	33,56	23,63	11,7	21,85	14,3
1969	38,06	27,52	16,5	26,92	23,2
1970	46,75	32,76	19,0	36,54	35,7
1970, Jan.—Mai				12,09	
1971, Jan.—Mai				15,80	30,7

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1971, S. 79; BMWI Tagesnachrichten, 24. 6. 1971; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1971, S. 54*)

1970 war, wie auch schon 1969, eine außerordentliche Steigerung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer zu verzeichnen gewesen. Von Januar bis Mai 1971 setzte sich diese Steigerung fort.

Nach dem erneuten starken Anstieg der gesamten Lohnsteuersumme von Januar bis Mai 1971 um 30,7 Prozent

dürfte der Prozentsatz der Abzüge von der Bruttolohn- und -gehaltssumme 1971 nicht geringer als 1970 sein.

Ein Überblick über die gesamte Einkommensteuerentwicklung verdeutlicht, welche Steuermaßnahmen der unterschiedlichen Belastung entsprechen:

Einkommensteuerbelastung von Unternehmern, anderen Selbständigen und der Arbeiterklasse (in Mrd. DM)

	Insgesamt	Lohn-	Veranlagte Einkommen	Körper- schaft-	Kapital- ertragsteuer
1967	43,9	19,6	15,8	7,1	1,5
1968	48,4	22,1	16,3	8,6	1,5
1969	56,7	27,1	17,0	10,9	1,7
1970	61,8	35,1	16,0	8,7	2,0
1970					
Jan.—Mai	19,6	12,1	4,2	2,6	0,8
1971					
Jan.—Mai	23,4	15,8	5,1	1,8	0,7

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1967	+ 2,6	— 1,8	— 8,1	+ 0,9
1968	+ 12,9	+ 3,1	+ 21,1	+ 4,8
1969	+ 22,5	+ 4,4	+ 27,5	+ 11,4
1970	+ 29,7	— 5,8	— 20,0	+ 17,8
1971, Jan.—Mai	+ 30,6	+ 21,4	— 30,8	— 12,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1970, S. 52*; 6/1971, S. 54*; BMWI Tagesnachrichten, 24. 6. 1971)

Diese unterschiedlichen Belastungen sind auf die Ausgestaltung des Steuerrechts, keineswegs auf die Gewinnentwicklung der Unternehmen zurückzuführen. Gerade in den Jahren 1968 bis 1970 stieg das ausgewiesene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und -vermögen kräftig an (vgl. Kennziffern 2.1 und 2.2), jedoch erlaubt es das Steuerrecht den Unternehmern, entweder Steuerzahlungen zu verschieben oder ihnen langfristig überhaupt auszuweichen (permanente Steuerstundung). Die Steuereinnahmen im 1. Vj. 1971 bestätigen die Fortsetzung dieser Steuerpolitik.

Die Konsequenz aus diesem Mißverhältnis zugunsten der Lohnsteuerpflichtigen müßte eine unverzügliche Steuerreform dergestalt sein, daß die einkommensteuerliche Freibetragsgrenze erheblich angehoben wird sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung in voller Höhe als abzugsfähig anerkannt werden. Darüber hinaus wäre die steuerliche Begünstigung der privaten Investitionen einzuschränken.

Völlig unzureichend ist dabei die im Rahmen der von der Bundesregierung vorgesehenen Steuerreform geplante Anhebung des Grundfreibetrags von 1680 auf 2040 DM im Jahr, d. h. 170 DM im Monat und des Arbeitnehmerfreibetrags von 240 auf 480 DM pro Jahr. Dieser Betrag liegt selbst noch unter den Sätzen der Sozialhilfe.

Zudem wird die geringe Steuerersparnis durch die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer, die zu einer neuen Preissteigerungswelle führen wird, mehr als überkompensiert, gleichfalls durch die beabsichtigte Heraufsetzung der Verbrauchssteuern. Hiervon werden vor allem die knapp 20 Prozent Bezieher niedriger Einkommen betroffen, die bislang keine Einkommensteuer bezahlen brauchten, die dann aber indirekt zur erhöhten Steuerzahlung herangezogen werden, indem sich ihre Konsumausgaben verteuern.

Auch die Veränderung der Einkommensteuerprogression von bisher 19 bis 53 Prozent auf 20 bis 56 Prozent mildert die Steuerbelastung der Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht wesentlich und führt bei Verheirateten erst ab 100 000 DM, bei Ledigen ab 50 000 DM zu einer tatsächlichen Mehrbelastung.

Diese wird jedoch bei Beziehern hoher Einkommen, die in der Regel beachtliche Vermögenswerte besitzen, mehr als ausgeglichen durch eine Erhöhung des Freibetrags bei der Vermögenssteuer von bislang 20 000 auf 60 000 DM je

Steuerpflichtigen, Ehegatten und Kind und durch eine Verdoppelung der Altersfreibeträge auf 10 000 bzw. 50 000 DM. Ferner wird der heute geltende Vermögenssteuersatz von 1 Prozent für natürliche Personen auf 0,7 Prozent reduziert. (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 23. 6. 1971, S. 1008)

Die Benachteiligung der Mehrheit der Abhängigen gegenüber den Vermögenden zeigt sich irgends deutlicher als bei einem Vergleich der Anhebung der Freibeträge für Lohnsteuer mit der für Vermögensteuerpflichtige.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Nettolohn- und -gehaltssumme ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen aus abhängiger Arbeit nach Abzug der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, der zusätzlichen sozialen Aufwendungen und der Lohnsteuer.

Nettolohn- und -gehaltssumme

	In Mrd. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1966	178,48	+ 5,9
1967	177,65	- 0,5
1968	187,29	+ 5,4
1969	206,66	+ 10,4
1970	236,70	+ 14,5
1970, 1. Vj. ¹	55,60	+ 15,8
1971, 1. Vj. ¹	62,00	+ 11,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 70; 2/1971, S. 79; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/1971, S. 87*)

¹ enthält noch zusätzliche soziale Aufwendungen der Unternehmer

Ein Vergleich der jährlichen Zuwachsraten zeigt, daß die Netto- beträchtlich langsamer als die Bruttolohnsumme wuchs (vgl. Kennziffer 3.1):

1968	um 5,4 Prozent gegenüber	7,4 Prozent
1969	um 10,4 Prozent gegenüber	12,7 Prozent
1970	um 14,5 Prozent gegenüber	17,6 Prozent
1971, 1. Vj.	um 11,6 Prozent gegenüber	15,8 Prozent

Aufgrund der Steuerprogression, von der mehr und mehr Löhne und Gehälter erfaßt werden, und der steigenden Abgaben zur Sozialversicherung (vgl. Kennziffer 3.2) sind die Nettolöhne und -gehälter der Beschäftigten im 1. Vj. 1971 um 15,1 Mrd. DM hinter den Bruttolöhnen und -gehältern zurückgeblieben. Damit hat sich dieser Abstand gegenüber dem Vorjahr erheblich vergrößert, betrug er im 1. Vj. 1970 doch noch 13,7 Mrd. DM.

Ebenso ist je beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten die Differenz zwischen monatlichen Netto- und Bruttoeinkommen größer als in der Vergangenheit.

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeiter, Angestellten und Beamten

	Monatsdurchschnitt in DM	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in, %
1966	680	5,8
1967	699	2,8
1968	732	4,7
1969	786	7,4
1970	881	12,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 70; 2/1971, S. 79)

3.4 Preise

Weder der im Juli 1970 erhobene 10prozentige Konjunkturzuschlag zur Lohnsteuer, noch die Freigabe des Wechselkurses in Verbindung mit einer restriktiven Haushaltsführung Anfang Mai 1971 vermochten die Inflation zu stoppen.

So heftig der konjunkturelle Boom in den vergangenen zwei Jahren Investitionen und Export überproportional und unausgewogen anschwellen ließ, so rigoros werden nun im rezessiven Zyklus die Preise dafür eingetrieben. Nachdem

sich bereits zur Jahresmitte 1971 die Lebenshaltung für alle privaten Haushalte um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr verteuerte, dürfte der Preisauftrieb in der zweiten Jahreshälfte nur wenig nachlassen. Dafür sorgte inzwischen schon die private Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit 15- bis 20prozentiger Heraufsetzung der Prämien, ferner der Staat mit einer kräftigen Erhöhung einer Reihe von Posttarifen; beide Erhöhungen fielen in den Juli. Diese Art von Preipolitik zeigt, wie im staatsmonopolistischen Kapitalismus systematisch die Massenkaufkraft beschnitten wird.

Nachdem die rasche Aufwärtsbewegung der industriellen Erzeugerpreise im Inlandsabsatz abgeklungen ist, obwohl ihr Index im Mai d. J. mit + 5,2 Prozent gegenüber 1970 noch immer mit 0,3 Prozent über dem der privaten Lebenshaltung lag, ziehen jetzt andere Bereiche mit Preiserhöhungen nach. Es handelt sich offensichtlich um eine unter politischer Kontrolle stehende „konzertierte Aktion“ zur Eindämmung des Verbrauchs der Masse von Lohn- und Gehaltsbezieher. Von seiten des Staates sind weitere Maßnahmen in dieser Richtung zu erwarten. So ist — um aus psychologischen Gründen den Preisindex für die Lebenshaltung für 1971 nicht noch stärker hochzudrücken — ab 1972 mit einer 10- bis 20prozentigen Anhebung der Bundesbahnhaf- und -sozialtarife sowie der Frachttarife zu rechnen.

Weiterhin ist geplant, den Berechnungsmodus und das Basisjahr für den Lebenshaltungsindex zu ändern, um auf diese Weise dem negativen optischen Eindruck der Preisexplosion entgegenzuwirken.

Bis einschließlich Juni 1971 hatte die Preisentwicklung für die Lebenshaltung im einzelnen folgenden Verlauf:

Preisentwicklung bis Juni 1971 (1962 = 100; alle Haushalte)

	Lebenshaltungskosten Inng.	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Kraftfahrzeuge, Fahrräder	Fremde Verkehrsleistung.
1967	114,6	135,7	109,9	101,6	121,4
1968	116,4	146,0	116,7	102,0	124,3
1969	119,5	156,6	118,7	102,7	124,9
1970	124,0	163,4	127,4	107,3	125,9
1970, Mai	123,8	162,5	123,7	106,8	125,7
1970, Juni	124,2				
1971, Mai	129,9	172,0	133,3	112,9	133,0
1971, Juni	130,4				

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 359*, 361*; Die Zeit, 18. 7. 1971)

Zwischen Juni 1970 und Juni 1971 stieg der Preisindex — der Lebenshaltung insges. um 6,2 Punkte (5,0 %) zwischen Mai 1970 und Mai 1971 stieg der Index — der Wohnungsmieten um 9,5 Punkte (5,9 %) — von Elektrizität, Gas Brennstoffen um 9,6 Punkte (7,8 %) — von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern um 6,1 Punkte (5,7 %) — für fremde Verkehrsleistungen um 7,3 Punkte (5,8 %)

Schneller als der Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt erhöhte sich von Mai 1970 bis 1971 der ohne Nahrungsmittel, und zwar um 5,1 Prozent. (Statistischer Wochenbericht des Stat. Bundesamtes, 9. 7. 1971, S. 11)

3.5 Realeinkommensentwicklung

Die statistisch errechnete Realeinkommenserhöhung belief sich 1970 gegenüber 1969 auf 8 Prozent.

Hierzu ist jedoch zu bemerken: Der Anstieg der Lebenshaltungskosten einschließlich und ohne Nahrungsmittel war uneinheitlich (vgl. Kennziffer 3.4). Von Mai 1970 bis Mai 1971 nahm der Index für Nahrungs- und Genußmittel um 3,8 Punkte, mithin 3,2 Prozent, von 1969 bis 1970 im Jahresdurchschnitt um 3,3 Punkte = 3,0 Prozent zu (Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 359*). Dieser verhältnismäßig geringere Anstieg als der gesamten Lebenshaltung (1970 3,8 Prozent) verzerrt nun dadurch die effektiven Reallöhne und

-gehälter, daß der Anteil der Nahrungsmittel am privaten Verbrauch ständig zurückgeht. Für den sog. 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit „mittlerem“ Einkommen fiel er von 1965 bis 1970 um 4,0 von 34,0 auf 30,0 Prozent; einschließlich Genußmitteln betrug er 1970 35,3 Prozent. Die Masse der arbeitenden Bevölkerung wendet noch nicht einmal ein Drittel des Einkommens für Nahrungsmittel auf. Bei Beamten- und Angestelltenhaushalten mit „höherem“ Einkommen betrug der Anteil 1970 sogar nur 22,1 Prozent, mit Genußmitteln 26,1 Prozent. (Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 7/1970, S. 365; 6/1971, S. 378)

Die amtliche Berechnung des Lebenshaltungsindex geht aber von einem über 30prozentigen Gewicht der Nahrungs- und Genußmittel bei Haushalten mit „höherem“ und fast 50prozentigen bei denen mit „mittlerem“ Einkommen aus, während Mieten, Elektrizität, Gas, Brennstoffe mit Anteilen zwischen 9 bis 11 bzw. 4 bis 5 Prozent gewichtet werden (Arbeits- u. sozialstatistische Mitteilungen, 4/1971, S. 102).

Schon ohne Berücksichtigung der Nahrungsmittel würde die statistisch ermittelte Steigerung des Realeinkommens der Abhängigen 1970 unter dem statistisch ausgewiesenen 8prozentigen Anstieg liegen.

3.6 Arbeitszeit

Da die tarifliche Arbeitszeit in der gewerblichen Wirtschaft von 1967 bis Oktober 1970 um 1,5 Indexpunkte (= 1,6 Prozent) zurückging (von 95,1 auf 93,6; 1962 = 100; Wirtschaft u. Statistik, 4/1971, S. 236*), war die Zahl der geleisteten Überstunden somit beträchtlich.

Die Zahl der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten insgesamt erhöhte sich von 1967 bis Oktober 1970 um 4,3 Prozent. Hierin liegt eine der Ursachen für die in den letzten Jahren angestiegenen Reallohne. Dies hätte für die gewerkschaftliche Lohnpolitik ein Grund mehr sein müssen, die tarifliche der effektiven Entlohnung anzupassen, um auch in Zeiten konjunkturellen Rückgangs ein gleichmäßig hohes Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie sicherzustellen.

Dieser Rückgang ist 1971 eingetreten: von Oktober 1970 bis Januar 1971 verringerte sich die bezahlte wöchentliche Arbeitszeit der männlichen um 1,3, der weiblichen Kräfte um 0,2 Stunden, insgesamt um 1,2 Stunden (vgl. unter Kennziffer 3.1 die Entwicklung der Lohndrift).

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Arbeiter in der Industrie

	männlich	weiblich	insg.
1967	43,0	39,8	42,3
1968	44,0	40,6	43,3
1969	44,8	41,0	44,0
1970			44,0
1969, Oktober			44,4
1970, Januar			43,6
Oktober	45,0	40,9	44,1
1971, Januar	43,7	40,2	42,9

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 4/1970, S. 272; 4/1971, S. 214; Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 7/1971, S. 221)

3.7 Urlaub und Erholung

Der Urlaubsanspruch betrug für die abhängig Beschäftigten 1969:

Alter, Stellung im Beruf	in Arbeitstagen
unter 18 Jahren	21
18 bis unter 25 Jahren	18
25 bis unter 30 Jahren	19
30 bis unter 40 Jahren	20
40 Jahre und älter	22
Arbeiter	20
Angestellte	21
Beamte*	25
insgesamt	20

(Quelle: Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 5/1971, S. 119, Wirtschaft u. Statistik, 1/1971, S. 24)
* ohne Lehrkräfte

Der durchschnittliche Jahresurlaub stieg in den neun Jahren von Oktober 1960 bis Oktober 1969 von 14 auf 20 Tage oder um 43 Prozent. Das ist zweifellos ein Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes.

Jedoch verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen erhebliche Unterschiede.

Dauer des zustehenden Jahresurlaubs (Anzahl der Arbeitstage) abhängig Erwerbstätiger (Oktober 1969). Ergebnis des Mikrozensus

Davon hatten einen Jahresurlaub von ... bis unter ... Tagen

	unter 14	14-21	21-28	28 u. mehr	ohne Angabe bzw. kein Urlaubsanspr.
insgesamt	2,2	52,3	35,8	4,8	4,9
Arbeiter	2,8	59,0	31,6	1,7	4,9
Angestellte	—	46,2	40,9	6,5	5,0
Beamte	—	21,3	47,2	27,3	4,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1971, S. 24)

Immerhin hatten noch 2,8 Prozent der Arbeiter einen Urlaubsanspruch von unter 14 Tagen. Einen Jahresurlaub von 14 bis 21 Tagen hatten 59 Prozent der Arbeiter, 46,2 Prozent der Angestellten und 21,3 Prozent der Beamten. Einen Urlaub von 21 bis 28 Tagen hatten nur 31,6 Prozent der Arbeiter. Bei den Angestellten betrug der Anteil 40,9 Prozent und bei den Beamten 47,2 Prozent. Nur 1,7 Prozent der Arbeiter, 6,5 Prozent der Angestellten, aber 27,3 Prozent der Beamten hatten einen Urlaubsanspruch von 28 Tagen und mehr.

Nicht zu übersehen ist bei der Urlaubslänge die besondere Diskriminierung der 18- bis 25- bzw. 25- bis 30jährigen, von denen 74,9 bzw. 69,4 Prozent nur einen Urlaubsanspruch von 14 bis 21 Arbeitstagen haben und selbst bei den 30- bis 40jährigen sind es noch 57 Prozent. Bei dem heutigen Arbeitstempo und den Belastungen auf dem Weg zur und von der Arbeit wird durch einen Urlaub von 14 bis 21 Arbeitstagen die Regeneration der Arbeitskraft nicht mehr gewährleistet.

Dazu kommt, daß ungeachtet des durchschnittlichen Urlaubsanspruchs von vier Wochen sich ein Großteil aller Haushalte überhaupt keine Erholungsreise erlauben kann:

Haushaltstyp*	% Anteil der Haushalte mit Urlaubs u. Erholungsreisen		% Anteil der Familienreisen** a. d. Urlaubs- u. Erholungsreisen	
	1969	1970	1968	1970
1	27,2	27,1	82,2	78,0
2	55,3	55,6	54,9	50,9
3	74,4	75,3	38,1	38,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 379)

* 1 = 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialempfängern; 2 = 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit „mittlerem“ Einkommen; 3 = 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit „höherem“ Einkommen
** Reisen, an denen alle Haushaltsmitglieder beteiligt waren

Die Mehrheit aller Rentner, fast die Hälfte der Haushalte der Abhängigen mit „mittlerem“ und ein Viertel derjenigen mit „höherem“ Einkommen konnte 1970 nicht reisen. Aus der Dauer der durchgeführten Reisen ist ersichtlich, daß noch nicht einmal im Falle einer Reise der durchschnittliche Urlaubsanspruch ausgeschöpft wurde:

Haushaltstyp	Durchschnittl. Dauer d. Urlaubs- u. Erholungsreise in Tagen
1	21,3
2	19,0
2	23,4

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 6/1971, S. 378)

Bei „mittlerem“ Einkommen betrug die durchschnittliche Reisedauer noch nicht einmal drei Wochen und selbst bei den Beamten und Angestellten mit „höherem“ Einkommen lag sie erheblich unter vier Wochen.

Berücksichtigt man die Tatsache, daß in den Haushalten, die überhaupt eine Urlaubs- oder Erholungsreise antraten, nicht alle Familienmitglieder daran teilnahmen, und zwar bei den

abhängig Beschäftigten mit „mittlerem“ Einkommen in rund der Hälfte, bei denen mit „höherem“ Einkommen in rund 60 Prozent der Fälle, so entfallen auf das einzelne Familienmitglied noch weniger Tage. Die Tage der durchschnittlichen Dauer von Urlaubs- und Erholungsreisen verteilen sich auf mehr als eine Reise.

Bei Haushalten mit Urlaubs- und Erholungsreisen betrug die durchschnittliche Anzahl der Reisen pro Jahr:

Haushaltstyp	1969	1970
1	1,8	1,6
2	1,7	1,6
3	2,3	2,5

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 8/1971, S. 379)

Ein Teil der Urlaubs- und Erholungsreisen kann aber nur mit Einschränkungen als solche gelten, und zwar die Besuche bei Verwandten oder Bekannten, deren Anteil sich 1969 auf 17,5 Prozent belief, ferner Kuren und Verschickungen mit einem Prozentsatz von 4,5. Erstere gewährleisten keine volle Erholung, sind aber erheblich billiger als andere Reisen, belaufen sich doch die Ausgaben für sie nur auf 41 Prozent einer Einzel- oder 32 Prozent einer Geschäftsreise. (Wirtschaft u. Statistik, 11/1970, S. 574 f.)

Kuren und Verschickungen dienen in der Regel aber nicht gesundheitlicher Vorbeugung — wie Erholungsreisen —, sondern sind eine Maßnahme zur Wiederherstellung der Gesundheit. Somit ist die Zahl wirklicher Urlaubs- und Erholungsreisen 1969 noch um 22 Prozent niedriger als ausgewiesen.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

1970 wuchs der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten am um 12,2 Prozent gestiegenen Nettosozialprodukt zu Marktpreisen lediglich um 0,8 Prozent:

	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen in Mrd. DM	Nettolohn- und -gehaltssumme in Mrd. DM	% -Anteil der Nettolohn- und -gehaltssumme am Nettosozialprod.
1966	440,0	178,5	40,6
1969	539,1	206,7	38,3
1970	604,9	236,7	39,1

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 2/1970, S. 66; 2/1971, S. 73, 79)

Wie die Übersicht zeigt, lag diese Nettolohn- und -gehaltsquote 1966 — also auch während eines Vollbeschäftigungsjahres — mit 40,6 noch um 1,5 Prozent über der von 1970.

Wäre es 1969/70 das lohnpolitische Ziel gewesen, diese wieder auf den Stand von 1966 zu bringen, hätten 1970 die Nettoeinkommen der Abhängigen um rd. 9 Mrd. DM höher sein müssen. Die Nettolohn- und -gehaltsquote, bezogen auf das kaufbare Sozialprodukt, drückt allerdings keineswegs den ganzen Umfang der einkommensmäßigen Zurücksetzung der abhängig Beschäftigten aus.

Erstens ist das statistisch ausgewiesene Nettosozialprodukt zu Marktpreisen zwar das um die Abschreibungen gekürzte BSP, aber die volkswirtschaftliche Abschreibungssumme ist bei weitem überhöht (Wirkung der sog. degressiven Abschreibung). Hieraus resultiert vorwiegend die Selbstfinanzierung der Investitionen, die laut Bundesbankstatistik 1970 67 Prozent betrug (1969 71,5 Prozent), wovon allein 50 Prozent aus Abschreibungserlösen flossen. Die Abschreibungen gehen somit über den effektiven Verschleiß der Anlagen hinaus, das kaufbare Sozialprodukt ist daher zu niedrig ausgewiesen. Zweitens ist die gegenüber 1966 um 2,4 Prozent höhere Anzahl der Beschäftigten zu berücksichtigen. Die absolute Höhe der statistisch ermittelten Nettolohn- und -gehaltsquote ist dadurch bedingt, ihre reale Größe also im Ver-

gleich zu 1966 noch niedriger, was den Pro-Kopf-Anteil betrifft.

Die dadurch entstandene Kaufkraftlücke zwischen Masseneinkommen und kaufbarem Sozialprodukt wird überkompensiert vermittels:

	Abschreibungen	Subventionen (in Mrd. DM)	Überschüßbildung des Staates
1966	50,7	5,8	5,9
1967	53,8	5,6	0,5
1968	57,4	7,5	2,7
1969	63,7	7,8	17,4
1970	74,1	8,6	17,3

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 9/1970, S. 452, 580*, 584*; 2 1971, S. 82; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1971, S. 82*; Bulletin des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung, 29. 4. 71, S. 600)

4.2 Vermögensverteilung

Wertpapiere sind Anteile am Eigentum an Produktionsmitteln. Sie ermöglichen, von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft zu leben, vorausgesetzt, sie repräsentieren einen genügend hohen Wert. Erst bei einem Besitz bei einem Tageswert von weit mehr als 10 000 DM kann davon die Rede sein. Ein Wertpapierbesitz von unter 2000 DM Tageswert ist nur als eine besondere Form von Ersparnissen für Notfälle anzusehen. Darüber hinaus ist die spezielle Funktion von Klein- oder sog. Volksaktien eine manipulative im Hinblick auf die Herausbildung eines pseudokapitalistischen Eigentümerbewußtseins.

Haushaltsvorstand	Haushalte mit Wertpapieren in %	% -Anteil in Haush. mit Wertpapieren Wertpapiere mit Tageswert von		
		unter 2000	2000-10 000	10 000 u. m. DM
Selbständiger	34,1	26,0	38,2	35,8
Beamter	27,7	43,8	40,0	16,3
Angestellter	30,6	39,3	41,6	19,2
Arbeiter	10,7	54,9	37,7	7,2
Landwirt	14,6	50,4	30,6	8,6

(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, 12/1970, S. 610)

Diesen Zahlen aus den Jahren 1969, in denen keine Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 10 000 DM enthalten sind, ist zu entnehmen, daß nur rd. 0,8 Prozent der Arbeiter und 1,3 Prozent Landwirte Wertpapiere für mehr als 10 000 DM besitzen, im Unterschied zu 4,5 Prozent der Beamten, 5,9 Prozent der Angestellten und sogar 12,2 Prozent der erfaßten Selbständigen. Sofern sie überhaupt zu den Wertpapierbesitzern gehören, handelt es sich bei der Mehrheit der Arbeiter und Landwirte um Beträge unter 2000 DM.

Die Mehrheit aller abhängig Beschäftigten vermag nur sehr geringe Summen für die Ersparnisbildung abzuweihen, was daraus hervorgeht, daß nur 14,5 der rd. 27 Mio. Erwerbstätigen nach dem 624-Mark-Gesetz sparen, davon 10 Mio. aufgrund von Tarifverträgen. Die Ersparnisbildung aufgrund derartiger Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 220 DM pro Jahr, womit nach Auslaufen der Festlegungszeit allenfalls die Anschaffung eines dauerhaften Konsumgutes oder eine Urlaubsreise finanziert werden kann. Eigentum an Produktionsmitteln kann mit solchen Beträgen nicht erworben werden.

4.3 Staatliche Umverteilung

Die Gesamtausgaben des Verteidigungsetats (einschließlich Zivilverteidigung und Verteidigungslasten) belaufen sich im Bundeshaushalt 1971 auf 22,8 Mrd. DM.

Demgegenüber bezifferten sich die für Verkehr, Post und Fernmeldewesen auf 11,7, für Bildung und Wissenschaft auf 4,0, für Jugend, Familie und Gesundheit auf 4,2 und für Städtebau und Wohnungswesen auf 2,7 Mrd. DM, jeweils vor der Kürzung.

Eine Halbierung des Rüstungshaushalts könnte nicht nur zur sofortigen Schuldentilgung bei Bahn und Post führen, so daß

deren Tarife gesenkt werden bzw. unangetastet bleiben könnten, sondern die freiwerdenden Mittel wären dann auch für den spärlich ausgestatteten Etat für Fernstraßen, den sozialen Wohnungsbau und den sachlichen wie personellen Ausbau der Schulen und Hochschulen zu verwenden.

Ein solcher Schritt wäre darüber hinaus der auf längere Sicht wirksamste Beitrag zur Herstellung der Preisstabilität in der BRD. Die am 9.5. 71 beschlossene Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 1,8 Mrd. DM für Investitionen, Bauten

und Verwaltungen wird nicht den Rüstungshaushalt belasten, sondern die finanzschwachen, gesellschaftspolitisch jedoch wichtigen Etats der öffentlichen Hand.

Der Widersinn staatsmonopolistischer Haushaltspolitik kommt nicht zuletzt in der Einrichtung einer sog. Konjunkturausgleichsrücklage zum Ausdruck, die zur Jahresmitte schon 5 Mrd. DM umfaßte, während für die Finanzierung gesellschaftlich wichtiger Vorhaben keine Mittel vorhanden sind.

5 Zusammenfassung

Die zusammenfassende Tabelle wiederholt Angaben, die bereits im vorangegangenen Text angeführt, kommentiert und belegt wurden. Sie enthält Zahlen, die für die Wirtschaftsentwicklung und die Lage der Arbeiterklasse in der BRD hervorstechend sind (jeweils nur die neuesten Werte). Es wird nicht die Originalquelle zitiert, sondern nur auf die Kennziffer des vorliegenden INFO verwiesen, dem die angeführten Angaben entnommen sind.

Zusammenfassende Tabelle

Nr.	Sachgegenstand	Zeitraum und Einheit	Größe	Vgl. Kennziffer
1	Bruttoinlandsprodukt in			
	a) jeweiligen Preisen	1969/1970	% + 12,8	1.1
	b) Preisen von 1962	1969/1970	% + 5,0	1.1
2	Industrieproduktion			
	a) Index (1962 = 100)	Mai 1971	169	1.2
	b) gegenüber dem Vorjahr	Mai 1971	% — 3,0	1.2
3	Industrieumsatz insgesamt	April 1970/April 1971	% + 2,4	1.2
4	Auslandsumsatz der Industrie	April 1970/April 1971	% + 2,3	1.2
5	Auftragseingang d. Industrie gegenüber dem			
	a) Vorjahr	Mai 1971	% + 7,3	1.2
	b) Vormonat	Mai 1971	% — 5,9	1.2
6	Exportüberschuß			
	a) absolut	Jan.—Mai 1971	Mrd. DM 5,9	1.3
	b) gegenüber dem Vorjahr	Jan.—Mai 1971	Mrd. DM + 0,7	1.3
7	Bruttoanlageinvestitionen			
	der verarbeitenden Industrie (Schätzung)	1970/1971	% + 3,0	1.4
8	Beschäftigte in der Industrie			
	a) absolut	April 1971	Mio. 8,6	1.5
	b) gegenüber dem Vorjahr	April 1971	% — 0,2	1.5
9	Arbeitslose	Mai 1971	Tsd. 143	1.5
10	Industrieumsatz je Beschäftigten			
	a) absolut	April 1971	DM 5500	1.6
	b) gegenüber dem Vorjahr	April 1971	% + 3,8	1.6
11	Veränderung der			
	a) Bruttolohn- und -gehaltssumme	1. Vj. 1970/1. Vj. 1971	% + 15,5	3.1
	b) Bruttoeinkommen je Beschäftigten	1969/1970	% + 14,7	3.1
12	Differenz des Zuwachses von Effektiv- und Tariflöhnen, -gehältern (Lohndrift)	1. Vj. 1971	% — 0,3	3.1
13	Lohnsteuer	Jan.—Mai 70/Jan.—Mai 71	% + 30,7	3.2
14	Veranlagte Einkommensteuer	Jan.—Mai 70/Jan.—Mai 71	% + 21,4	3.2
15	Körperschaftsteuer	Jan.—Mai 70/Jan.—Mai 71	% — 30,8	3.2
16	Nettolohn- und -gehaltssumme			
	a) insgesamt	1. Vj. 1970/1. Vj. 1971	% + 11,6	3.3
	b) je Beschäftigten	1969/1970	% + 12,1	3.3
17	Lebenshaltungskosten (alle Haushalte)			
	a) Indexveränderung (1962 = 100)	Juni 1970/Juni 1971 in Pkt.	+ 6,2	3.4
	b) gegenüber dem Vorjahr	Juni 1971	% + 5,0	3.4
18	Kaufkraftsteigerung d. durchschnittl. Monatsnettolöhne u. -gehälter (Realeinkommenssteigerung) aufgrund des Lebenshaltungskostenindex	1969/1970	% + 8,0	3.5
19	Durchschnittl. Wochenarbeitszeit in der Industrie	Januar 1971	Stunden 42,9	3.6
20	Selbstfinanzierungsrate	1970	% 67,0	4.1
21	Abschreibungen			
	a) insgesamt	1969/1970	Mrd. DM 74,1	4.1
	b) Steigerungsrate	1969/1970	% + 16,3	4.1